

Pulsnitzer Wochenblatt

Samstag, Nr. 18. Tel.-Abdr. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Dir.-K. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 8.— bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.40, durch die Post M 9.—



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeilenbreite (Moffe's Zeilenmesser 14) 110 Bg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 100 Bg., im Amtsgerichtsbezirk 90 Bg. Amtl. Zeile M 3.80, 3.00 und 2.70. Klame M 2.50. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraumber und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der voll. Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Wolfbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Stigthenberg, Klein- Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bis narckplatz Nr 265.

Druck und Verlag von E. V. Förckers Erben (Zugl. J. B. Mohr).

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 108.

Donnerstag, den 8. September 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken

findet Freitag, den 8. September 1921 im Ratskeller 1 Treppe, in nachstehender Reihenfolge statt

Brotkartennummer	1—150	7—8 Uhr vorm.
151—300	8—9	„
301—450	9—10	„
451—600	10—11	„
601—750	11—12	„
751—920	12—1	mittags
921—1090	3—4	nachm.
1091—1300	4—5	„

Die Abholungszeiten sind pünktlich einzuhalten.

Die erhaltenen Marken sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden können.

Pulsnitz, den 8. September 1921.

Der Rat der Stadt.

Dienstag, den 13. September 1921:

Biehmarkt in Pulsnitz.

Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Das Wichtigste.

Die Dresdner kommunistische Arbeiterpartei hat in ihrer Mittelglieder-Verammlung den Uebertritt zur kommunistischen Partei Deutschlands beschlossen. Die Plauer Ortsgruppe der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands hat sich aufgelöst.

In der badischen Textilindustrie ist es am Montag zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages gekommen. Damit ist die Gefahr eines Ausstandes in der badischen Textilindustrie beendet. Der Belagerungsstand ist gestern mittag für ganz Oberschlesien aufgehoben worden.

Amerika hat sich in einer Note an die Regierungen der alliierten Mächte gewandt, um die Anerkennung des deutsch-amerikanischen Friedens zu erlangen.

Die „Straßburger Neue Zeitung“ meldet aus Paris, daß die deutsche Sprache in Elsaß am 1. Dezember aufhört, im Verkehr zwischen Kommunalverwaltung und Landesbehörde Geltung zu haben.

Die Zahl der Arbeitslosen in Amerika stieg auf 6 Millionen. Der Kronprinz von Japan ist von seiner Europareise in Tokio wieder eingetroffen und hat ein Manifest an das japanische Volk gerichtet.

Der erste Zug mit amerikanischen Liebesgaben, der für Moskau bestimmt war, soll an der Grenze von Estland bei Zamburg von roten Truppen beschlagnahmt worden sein.

Der polnische Finanzminister Stępczowski ist zurückgetreten. Seinen Nachfolger zu finden wird nicht leicht sein.

Die Spannung zwischen Berlin und München.

Bekanntlich haben die Verordnungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der Reaktion aus dem Grunde eine Spannung und beinahe einen Konflikt zwischen Berlin und München hervorgerufen, weil wegen der von der Reichsregierung infolge ihrer Erregung über den politischen Nord an dem Reichstagsabgeordneten Erbberger die betreffenden Maßregeln in großer Eile und ohne ein Einvernehmen mit der bayerischen Regierung getroffen worden waren. Verschärft wurden diese Differenzen noch durch das Verlangen der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, welcher seiner Zeit aus guten Gründe von der bayerischen Regierung gegenüber den kommunistischen Treibereien verhängt worden war. Jeder halbwegs politisch geschulte Kopf wird nun aber ohne weiteres erkennen, daß es weder in den Plänen der Reichsregierung noch in den Absichten der bayerischen Regierung liegen kann, in diesen Streitigkeiten die Dinge auf die Spitze zu treiben, sondern die politische Klugheit gebietet, daß auf die besonderen Verhältnisse in Bayern entsprechende Rücksicht zu nehmen ist und die Differenzen durch entgegenkommende Verhandlungen und schließlich durch eine Verständigung zu beseitigen sind. Wir glauben deshalb auch nicht daran, daß der Bericht der Telegraphenunion der wirklichen Lage entspricht, daß sich die Beziehungen zwischen Berlin und München noch wesentlich zuspitzen hätten, denn der Reichskanzler Dr. Wirth hatte ja selbst die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung öffentlich hervorgehoben. Auch wird aus München selbst berichtet, daß die zu Verhandlungen in Berlin gewesenen Vertreter der bayerischen Regierung und der bayerischen Regierungsparteien während ihrer Besprechungen in Berlin die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß die Reichsregierung keine Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern

über den Kopf der bayerischen Regierung hinweggeplant hat. Nun kommt allerdings aus Nürnberg anläßlich der am Sonntag dort stattgefundenen Besprechungen der bayerischen Gewerkschaftsvertreter die Nachricht, daß die bayerische Arbeiterschaft geschlossen die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern durchsetzen wolle, auch wird hinzugefügt, daß in dieser Frage die ganze bayerische Arbeiterschaft hinter der Reichsregierung stehe. Wir sind aber der Meinung, daß die führenden Politiker der Mehrheitssozialisten in Bayern und auch der Parteivorstand der Sozialdemokraten von ganz Deutschland doch auch erkennen werden, daß die Spannung zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung eine Lösung durch eine beschleunigte Verständigung verlangt, und daß dabei nicht etwa nur die Forderungen der durch die Kommunisten verhetzten Arbeiterschaft den Ausschlag geben dürfen.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Besuch des Männergesangsvereins „Dresdner Tannhäuser“). Nächsten Sonntag wird der „Dresdner Tannhäuser“, einer der ältesten Männergesangsvereine Dresdens, unserer Stadt einen Besuch abtatten. Nach einer Bahnfahrt bis Radeberg geht seine Wanderung durch das Rödertal nach Großröhrsdorf zur Mittagstafel im Hotel Hause, in dessen Nähe eine öffentliche Gelangsaufführung im Freien und später die Besichtigung des Ehrenhaines auf dem Friedhofe vorgesehen ist. Gegen 4 Uhr erwartet man die Sängerschar (ungefähr 100 Sänger) in Pulsnitz. Hier wird der Dresdner Tannhäuser unter Leitung seines Chormeisters, Tonkünstler Kantor Strankly, auf dem Markt eine öffentliche Abendaufführung veranstalten. Die Vortragsordnung enthält u. a. Ehre des bekannten Altmeisters Hugo Fängs, der Ehrenmitglied des Tannhäusers ist. Zum darauffolgenden Kommers im „Grauen Wolf“ sind unsere Pulsnitzer Sänger eingeladen. Schöne Stunden echten Sängerebens werden sich dort entfalten, und das gemeinschaftliche Beisammensein wird durch manch schönes Lied freudig geweiht werden.

(Herbst-Bezirksfest.) Der Bezirk Pulsnitz vom Laußiger Radfahrer-Bund veranstaltet am 18. September sein Herbst-Bezirksfest in Leppersdorf, bestehend in einem Straßenrennen „Rund um den Bezirk“ 110 km, Saalsportfest, Schülereigen, Sechser-Kunstreigen, Einer- und Zweier-Kunstreigen und Ballspiel. Das Rennen ist offen für alle Fahrer. Die Saalwettbewerbe in zwei Gruppen, 1. für Vereine des Laußiger Radfahrer-Bundes, 2. für alle Vereine. Startgeld 15 Ml. Nennungs-schluß 10. September an W. Papperik, Radeberg, Kleinwolmsdorferstr. 2. Zu dem Straßenrennen haben unter anderen die Zigarettenfabrik „Lande“ und die „Union“-Freilauf-fabrik Sonderpreise gestiftet. Bis jetzt liegen schon 35 Nennungen vor.

(tsd. Das Ende des Notgeldes.) Das sächsische Wirtschaftsministerium hat mit Wirkung für den ganzen Freistaat Sachsen verfügt, daß sämtliches Notgeld vom 1. Oktober an von den öffentlichen Kassen nicht mehr angenommen werden darf. Dazu

gehören auch die von den Städten und Kommunalverbänden herausgegebenen Notgeldscheine. Die städtischen Kassen sind jedoch verpflichtet, das städtische Notgeld noch bis zum 31. Dezember anzunehmen.

(Noch zehn Sachsen in Avignon.) Unter den 34 aus französischer Kriegsgefangenschaft in Avignon kürzlich entlassenen Soldaten befanden sich, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, drei sächsische Heeresangehörige. Gegenwärtig werden noch zehn Sachsen von Franzosen zurückgehalten, die wegen Gehorsamsverweigerung, Diebstahls usw. zu mehrjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Unter diesen befindet sich auch der Soldat Reuter vom Inf.-Regt. 104, der wegen angeblicher Bandenplünderung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden ist. Französischen Blättermeldungen zufolge dürfte die Begnadigung und Entlassung auch dieser ehemaligen Heeresangehörigen in nächster Zeit zu erwarten sein.

(tsd. Warnung vor Mädchenhändlern.) Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt folgendes mit: Wiederholt ist in den Zeitungen darauf hingewiesen worden, daß junge Mädchen von unbekanntem Männern mittels Drohge oder Auto verfolgt und unter Versprechungen aufgefordert werden, einzusteigen und mitzufahren. Das Polizeipräsidium weist hiermit auf die Gefahren hin, die den jungen Mädchen dadurch drohen. Es ist in solchen Fällen der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß es sich um Mädchenhändler handelt, die durch diese Weise ihre Opfer anzulocken und in ihre Gewalt zu bringen suchen. Zeugen solcher Vorgänge werden gebeten, ihre Wahrnehmungen möglichst umgehend der Polizei mitzuteilen.

(Ohne Rückporto — keine Antwort.) Bei den Ministern und Ministerien gehen häufig Anfragen, Gesuche usw. ein, für deren Bearbeitung und Erledigung die unteren oder mittleren Behörden, die Berufsorganisationen, Arbeitsekretariate usw. zuständig sind. Bisher sind solche Eingaben an diese zuständigen Stellen weitergeleitet worden. Für die Einsender hatte dies Zeitverlust, für die Ministerien aber unnötigen Arbeitsaufwand und erhebliche Portoaussgaben zur Folge. Es werden daher künftig fälschlich an die Minister oder an die Ministerien anstatt an die zuständigen Stellen gerichteten Eingaben nicht mehr weitergeleitet werden. Falls aus reichendes Rückporto nicht beigefügt ist, wird der Einsender auch keinerlei Antwort mehr erhalten. Unbeantwortet bleiben übrigens in jedem Falle und schon wegen ihrer großen Zahl die eingehenden Stellen- und Arbeitsgesuche. Derartige Gesuche sind aus-sichtslos; denn für absehbare Zeit sind, mit Ausnahme der von den in Betracht kommenden Dienststellen besonders bekanntgegebenen Fälle, Einstellungen in staatlichen Ämtern und Betrieben nicht möglich. Soweit hiernach beabsichtigt wird, Eingaben an die Minister und Ministerien zu richten, ist also zweierlei zu beachten: 1. Prüfen, ob die Eingabe nicht überhaupt einer anderen Dienststelle zuzuleiten ist; 2. Rückporto beilegen.

